

Beschluss des GEW-Hauptvorstandes (März 2007)

Die GEW protestiert dagegen, dass mit Einführung von Hartz IV die Regelsätze für Schulkinder gesenkt worden sind. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Regelsätze für Schulkinder. Da sich Kinderregelsätze prozentual vom Eckregelsatz ableiten, kann dies nur über eine generelle Erhöhung dieses Eckregelsatzes erfolgen.

Wir unterstützen die diesbezügliche Kampagne der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen und fordern darüber hinaus, den Eckregelsatz von gegenwärtig 345 Euro auf mindestens 500 Euro mtl. zu erhöhen.

Als Folge ist die gewerkschaftliche Forderung für die Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes deutlich nach oben zu korrigieren.

Wir bekräftigen in diesem Zusammenhang die in unserem Gewerkschaftstagsbeschluss "Bildung ist keine Ware" aufgestellten Forderungen nach freiem Zugang zu gebührenfreien qualitativ guten Kindertagesstätten (3.1) und nach einer gebührenfreien allgemeinbildenden Schule, einschließlich Lernmittelfreiheit bis zum Erreichen der Hochschulreife (3.2)

Als kurzfristige Sofortmaßnahmen für Kinder aus Familien von erwerbslosen und erwerbstätigen Alg II-BezieherInnen fordern wir:

- Gebührenfreiheit bei Essensangeboten in Schulen und Kindertagesstätten
- Befreiung von Beiträgen für den Besuch von Kindertagesstätten
- Befreiung von Gebühren für Lehr- und Lernmittel
- Wiedereinführung von einmaligen Beihilfen für besondere Zwecke, insbesondere für Schulbedarf etc.